

Mittagsjournal
Bildungsvolksbegehren Thema im Nationalrat
Ö1, 14.06.2012, 12:00 Uhr

(Transkript)

BZÖ und Freiheitliche sind dann aus dem Plenarsaal des Parlaments ausgezogen. Die Freiheitlichen sind wenige Minuten später zur nunmehr angelaufenen Bildungsdebatte wieder zurückgekehrt, das BZÖ hingegen hat alle seine Redner zum Thema Bildung von der Liste streichen lassen und ist ferngeblieben.

In dieser Debatte wurde dann weniger über Bildung und mehr über mehr Volksbegehren diskutiert – vor dem Hintergrund der seit Wochen laufenden innenpolitischen Debatte über mehr direkte Demokratie.

SPÖ-Klubobmann Josef Cap:

Daher muss es in diesem Haus kein Ende der Behandlung der Themen dieses Volksbegehrens geben, sondern eine Fortsetzung.

ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon hebt die Behandlung des Volksbegehrens in einem eigenen Ausschuss hervor:

Ich möchte das schon sagen, dass wir neue Standards im Umgang mit einem Volksbegehren gesetzt haben.

Der freiheitliche Bildungssprecher Walter Rosenkranz sieht die eigene Forderung nach verpflichtenden Volksabstimmungen nach Volksbegehren belegt.

Unsere Latte – die vier Prozent für eine verpflichtende Volksabstimmung – hätte dieses Volksbegehren nämlich locker geschafft.

Der Grüne Harald Walser sieht die Forderungen des Bildungsvolksbegehrens etwa nach einer gemeinsamen Schule der bis zu 14-Jährigen weit entfernt von einer Umsetzung.

Wir werden auch in den kommenden Monaten die Garanten dafür sein, dass dieses Thema im aktuellen Parlament und vielleicht dann auch noch im nächsten Parlament auf der Tagesordnung bleibt.

380.000 Stimmbürger haben einiges verlangt mit diesem Volksbegehren. 26 Abgeordnete in einem Sonderausschuss haben darüber diskutiert. Es ging um Frühförderung, Kinderbetreuung, Ganztagschulen und vieles mehr – um Bildungsreformen aller Art also.

Herausgekommen sei allerdings nichts an konkreten Gesetzesanträgen, resümierte heute Vormittag ein enttäuschter Volksbegehrens-Initiator Hannes Androsch als Besucher auf der Galerie des Nationalrats-Sitzungssaals. Der ehemalige SPÖ-Minister und nunmehrige Industrielle gibt den Lehrgewerkschaften und den Bundesländern die Schuld an diesem – wie Androsch findet – Stillstand.

Sehr enttäuscht sind wir, dass kein einziges konkretes Ergebnis beschlossen werden durfte, weil außenstehende Einflüsse die Abgeordneten hindert, das zu beschließen, was sie selber beschließen wollten.

Auch am Ende der heutigen Debatte im Parlament steht kein Beschluss zum Bildungsvolksbegehren.

So ist es. Und das ist damit in der doppelten Bedeutung des Wortes ein schwarzer Tag. Nicht nur für die Bildung, sondern für den Parlamentarismus. Und macht die sich überhäufenden Vorschläge für direkte Demokratie zu einer lächerlichen Heuchelei.

Kritisiert Hannes Androsch, Organisator des Bildungsvolksbegehrens.

Die Forderung nach einer umfassenden Schulreform wird aber von der Aufregung um den künftigen Euro-Rettungsschirm ESM und das Vorgehen von Regierungsparteien und Grünen in den Hintergrund gedrängt.